



Protokoll der Sitzung des Studierendenparlaments am 10. und 11. Oktober 2020

(Revisionsstand: 20. November 2020)

Öffentlicher Teil

via Adobe Connect System

Anmerkung: Die protokollgegenständliche Sitzung verfügt über keinen nichtöffentlichen Teil.

Inhalt

Anwesenheit: 10.10.2020	3
TOP 01 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	4
TOP 02 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Tobias Gietmann	4
TOP 03 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung (virtuell).....	5
TOP 04 Berichte des SP-Vorsitzes, des AStA-Vorsitzes und des AStA	5
TOP 05 Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache	6
TOP 06 Einbringung Haushalt 2. Lesung	6
TOP 07 Sachstand Klageverfahren Hochschule und Gespräche mit der Hochschulleitung	7
TOP 08 Anfragen und Anträge an ASTA und SP (ÖT).....	8
TOP 09 (NEU) Wahlen in die Gremien der Studierendenschaft	8
TOP 11 Neuwahl bzw. Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der	11
Studierendenschaft oder der Hochschule	11
- BHS Beirat Nachwahl	11
- Qualitätskommission Neuwahl	11
Anwesenheit am 11.10.2020	13
TOP 12 Berichte (anschl. Aussprache)	14
a) Bericht des AStA.....	14
b) Bericht der studentischen Mitglieder des Senats und seiner Kommissionen.....	14
c) Bericht der studentischen Mitglieder der Fakultätsräte,	15
ihrer Kommissionen und Ausschüsse	15
d) Bericht aus den Fachschaften.....	15
e) Bericht der studentischen Gleichstellungsbeauftragten	16
der FernUniversität Hagen	16
f) Bericht aus dem Frauenbeirat	16
g) Bericht der Arbeitsteams/ Arbeitsgruppen.....	16
h) Bericht aus der Qualitätsverbesserungskommission.....	16
i) Bericht BHS	16
j) Bericht der Akademiestudierenden.....	17
k) Bericht aus dem Wahlausschuss	17
TOP 15 Verschiedenes, Termine	17

Anmerkung: Das Inhaltsverzeichnis ist am Aufruf der Tagesordnungspunkte durch den SP-Vorsitz orientiert. Die Reihenfolge ist demnach, analog zum gefertigten Protokoll, streng chronologisch vorgenommen.

Anwesenheit: 10.10.2020

Nachname	Vorname	Liste / Gremium	Anmerkung / Vertretung
Stirzel	Alexander		Anwesend
Konopka	Andreas	FSA	Anwesend
Maryanowski	Fabian	FSA	Anwesend
Aben	Rudolphe	FSA	Susann Kaulfuß
Baumgartner, Dr.	Gudrun	GUS	Anwesend
Wagner, Dr.	Horst	GUS	Annette Stute
Ellinger	Kornelia	GUS	Sabine Scham
Czada	Jan	AfD	Anwesend
Hauptmann	Rafael	AfD	
Kaup	Wencke	GF Psy	Anwesend
Wohlfeil	Davina	GF Psy	Joy Diehl
Ghanem	Nabiha	GHG	Kalle, Burkhard
Hesse	Pascal	GHG	Anwesend
Blohm	Anne	GHG	Anwesend
Huneke, Dr.	Bernd	RCDS	Anwesend
Dannemann	Anna	RCDS	Rübenstahl, Kevin
Roschin	Nils Michael	Juso-HSG	Anwesend
Kleindienst	Joana	Juso-HSG	Anwesend
Duscha	Peter	PARTEI	
Weber	Bernd	UNIS	Anwesend
Henniger	Rainer	AuS	Anwesend
Fedderke	Carsten	AuS	Anwesend
Lambrich	Petra	LiLi	Anwesend
Piniarski	Edmund	LiLi	
Weiler	Dieter	LiLi	Anwesend
Gietmann	Tobias	RCDS	ohne Stimme als Protokollführer

Legende: LHG = Liberale Hochschul Gruppe, FSA = Freie Studentische Allianz, GUS = Grau und Schlau, AfD = Alternative für Deutschland, GF Psy = Gemeinsame Fachschaftsliste Psychologie, GHG = Grüne Hochschul Gruppe, RCDS = Ring Christlich Demokratischer Studenten, Juso-HSG = SPD-Hochschulgruppe, UNIS = Unabhängige Internationale Studierende für ein gemeinsames erfolgreiches Fernstudium, AuS = Arbeit und Studium, LiLi = Linke Liste

Anmerkung: Dem Protokoll liegen drei eingegangene Protokollerklärungen in Anlage bei. Diese wurden im original Wortlaut angefügt.

TOP 01 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzenden des Studierendenparlaments Anne Blohm und Nils Roschin begrüßen die anwesenden Teilnehmer.

Die Sitzung startet öffentlich, somit sind Gäste zugelassen.

Der Vorsitz stellt die Stimmberechtigungen fest. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Anne Blohm begrüßt auch die Gäste und wünscht einen guten Verlauf der Sitzung.

TOP 02 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Tobias Gietmann

Nils Michael Roschin führt zur TO aus.

Protokollführung durch Tobias Gietmann, festgestellt durch einstimmigen Beschluss infolge ausbleibenden Widerspruchs.

Dieter Weiler beantragt die Streichung des TOP Nachwahl eines AStA-Mitglieds.

Pascal Hesse bittet um Nachwahl einer Person für den BHS Beirat

Verabschiedung der TO		
Ja 16	Nein 1	ENTHALTUNGEN 1
Ergebnis: Antrag beschlossen		

TOP 03 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung (virtuell)

Petra Lambrich kündigt an, Anmerkungen zum Protokoll des nicht öffentlichen Teils zu haben. Sie wünsche Änderungen.

Das SP fasst Beschluss:

Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung		
Ja 13	Nein 2	ENTHALTUNGEN 3
Ergebnis: Das Protokoll ist beschlossen.		

TOP 04 Berichte des SP-Vorsitzes, des AStA-Vorsitzes und des AStA

Daniel George führt aus. Er berichtet von der Fortsetzung der Gespräche unter Hinzuziehung der Rechtsabteilung und der Kanzlerin in Sachen Studierendenbeitrag. Ferner berichtet er, dass die Hinzuziehung einer dritten, neutralen Person ggf. hilfreich wäre. Dieses wird er auch noch einmal den Hochschulvertretern vorschlagen. Bezüglich der Problematik i.S. Wahlausschuss, sei Dieter Weiler entsprechend im Thema.

Petra Lambrich stellt eine Nachfrage bezüglich der Einlassung der Kanzlerin im Senat.

Daniel George führt dazu aus. Die Situation um den Rechtsstreit bezüglich des Studierendenbeitrages sei von der Kanzlerin einseitig und zudem unzutreffend dargestellt worden. Auch die von ihr dargestellten Sachverhalte bezüglich der BHS seien nicht allesamt zutreffend korrekt dargestellt worden.

Fabian Maryanowski fragt nach, ob der Senat sich abweichend zum Thema BHS eingelassen hätte, zudem hätte der Studierendenbeitrag seit jeher jährlich überprüft werden müssen. Insofern möge er die Einlassung korrigiert wissen. Er erwidert, die Hochschule habe mehrfach und schriftlich(!) für seine Amtszeit explizit um keine Änderungen gebeten. Grund war, dass die Hochschule den Haushalt 2019/2020 unverändert über eine volle Periode prüfen wolle um dann Veränderungen vorzunehmen. Eine Änderung wäre ohnehin erst zum 1.10. wirksam geworden.

Daniel George pflichtet bei, stellt aber fest, dass das auch bisher nicht durchgeführt wurde, insbesondere auch nicht in der Amtszeit von Fabian Maryanowski. Insofern hätte er es nur neuerlich erwähnt. In Sachen BHS sei neuerlich die Sachlage falsch dargestellt worden. Hier hätte es einer Berichtigung bedurft.

Es wird debattiert über den Überschuss und die Behandlung dessen in Zukunft. Zudem wird über die Äußerungen der FU über die BHS diskutiert. Hier sei insbesondere der sich immer wieder wiederholenden Vorwurf des „Geld verstecken“ abzuwehren.

TOP 05 Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache

Pascal Hesse führt zu der letzten, sehr kurzfristigen HHA-Sitzung aus. Er geht auf diverse, dort besprochene kleine Punkte ein. Der dem HHA übermittelte HH-Entwurf sei besprochen worden. Das Ergebnis dessen sei, die Empfehlung an das SP auszubringen, den Haushalt wie vorgelegt zu beschließen. Ferner berichtet er vom Rücktritt von Adrian Schäfer aus dem HHA sowie allen Gremien der Universität.

TOP 06 Einbringung Haushalt 2. Lesung

Carsten Fedderke führt sehr umfangreich zum Haushaltsentwurf aus. Dieser ist für die Teilnehmer der Sitzung über die Bildschirmfreigabe ersichtlich. Er bittet im Anschluss seiner Ausführungen um Erläuterungen und Mitarbeit sowie Anregungen.

Im Anschluss werden diverse Fragen erörtert. Insbesondere wird die Unterscheidung zwischen Rücklagen und Investitionen besprochen und festgehalten. Daraus resultierende Ergebnisse werden im Anschluss im Haushaltsentwurf geändert.

Dieter Weiler rügt die Sitzungsleitung bezüglich der Führung der Rednerliste und merkt an, er müsse sich entsprechend häufiger melden, um das ihm zustehende Gehör finden zu können. Des Weiteren bitte er, dass Generalverdächtigungen in der Form von „Positionen seien so nicht rechtmäßig“ unterblieben, weil diese neben der Sache liegen würden. Soweit es rechtliche Bedenken gegen eine Position geben sollte, so seien dieses rechtlich konkret zu benennen.

Carsten Fedderke führt im Anschluss umfangreich zum geplanten Stellenplan aus.

Jan Czada stellt den Antrag, dass die vorgesehene Ladestation für Elektromobile Fahrzeuge aus dem Haushalt der Studierendenschaft herausgenommen wird und stattdessen in den Haushalt der BHS eingebracht wird. Er kündigt dahingehend eine Protokollerklärung an.

Dieter Weiler spricht sich dagegen aus. Der Gesellschafter der BHS sei die Studierendenschaft, daher sei der Antrag unsinnig. Der jetzige Entwurf stelle den Willen des AStA dar, er lehne eine Änderung daher ab.

Fabian Maryanowski und Andreas Konopka führen zu verschiedenen Positionen im Haushalt aus. Verwiesen wird auf die 1. Lesung des Haushalts. Bereits dort brachte man (rechtliche) Bedenken vor, insbesondere zur rechtlich nicht haltbaren "Sonderrücklage Wahlen". Fabian Maryanowski gibt sein Unverständnis mit der Nichtbefassung der genannten Punkte zu Protokoll. Dem Haushaltsausschuss wirft er vor, sich nicht ausreichend mit dem Haushalt befasst zu haben.

Pascal Hesse führt für den HHA aus. Eine Jahresabschlussprüfung habe wegen der aktuellen COVID-19-Situation noch nicht stattfinden können. Er verwehrt sich gegen die von Fabian Maryanowski erhobenen Vorwürfe, der HHA nicke sowieso nur die Positionen des Haushalts und der Zahlen vom AStA ab. Die FSA sei selber im HHA vertreten und könne natürlich inhaltliche Bedenken dort äußern. Solche pauschalen Unterstellungen im SP, weise er entschieden zurück.

Aufgrund eines technischen Problems bei der Abstimmung wird die Sitzung zur Mittagspause von 12.58 Uhr bis 13.30 Uhr unterbrochen.

Nach erfolgter Sitzungsunterbrechung werden folgende Beschlüsse vom SP gefasst:

Änderungs-Antrag Jan Czada: Das SP setzt sich für die Errichtung einer E-Ladestation ein und erteilt dem AStA den Auftrag, die Position aus dem HH der Studierendenschaft herauszunehmen und in den Haushalt der BHS einzubringen. Der BHS Beirat möge sich sodann um die Errichtung einer solchen Ladestation kümmern.		
Ja 5	Nein 8	ENTHALTUNGEN 2
Ergebnis: Der Antrag ist abgelehnt.		

Antrag AStA: Abstimmung über den Haushalt inkl. aller vorgenommenen Änderungen, die während der SP-Sitzung eingearbeitet wurden, mithin 2. Lesung		
Ja 15	Nein 3	ENTHALTUNGEN 1
Ergebnis: Der HH ist beschlossen.		

TOP 07 Sachstand Klageverfahren Hochschule und Gespräche mit der Hochschulleitung

Nils Michael Roschin führt aus, dass bereits Daniel George zu diesem Punkt ausgeführt hat.

Dieter Weiler ergänzt, dass das kommende Gespräch mit dem Rektorat entscheidungsweisend sein könnte. Er hoffe auf etwas Einsicht der FernUniversität. Dahingehend sehe er aber gute Chancen, da das Gericht bereits deutliche Hinweise zugunsten der Studierendenschaft gegeben habe.

TOP 08 Anfragen und Anträge an ASTA und SP (ÖT)

Nils Michael Roschin führt aus, dass es keinerlei Anträge gibt.

TOP 09 (NEU) Wahlen in die Gremien der Studierendenschaft

Nils Michael Roschin verweist auf die Stellungnahme des Rechtsanwaltes Achelpöhlner. Diese wurde über den nicht öffentlichen Verteiler an die Mitglieder des SP, im Vorfeld der Sitzung, ausgereicht. Der SP-Vorsitz verweist auf die vergangenen Wahlen und die gewählten Vertreter. Zwischenzeitlich sei Kritik aus den Reihen der Parlamentarier laut geworden, die die Rechtmäßigkeit der Wahlen in Frage stellen würde. Er bittet Pascal Hesse sowie den kritisierenden Parlamentarier um Erläuterungen bezüglich der Einwände.

Pascal Hesse führt aus. Die E-Mail des RA Achelpöhlner hätte er erst am heutigen Morgen zur Kenntnis nehmen können, der Wahl-Ausschuss hätte sich zudem auch noch nicht mit dieser Mail auseinandersetzen können. Er führt aus, dass er in den Wahl-Ausschuss ordentlich gewählt worden sei und vom Gremium dann als Vorsitzender und mithin als Wahlleiter gewählt worden ist. Auch stelle sich im Wahlausschuss die Frage, inwieweit das Gremium Einfluss auf den Studi-O-Mat haben solle.

Andreas Konopka stellt die Frage, in welchem Ausschuss Pascal Hesse denn nun eigentlich sitze, im Haushaltsausschuss oder im Wahl-Ausschuss.

Nils Michael Roschin führt aus, dass das gerade das Ergebnis des Gutachtens betreffe.

Pascal Hesse führt aus, dass es gerade in dem Punkt Uneinigkeit gäbe, ob der Wahl-Ausschuss überhaupt ein Ausschuss des SP sei. Er werde seine Arbeit im Wahl-Ausschuss als ordentlich gewähltes Mitglied fortsetzen, bis ihm die Universität oder eine andere Behörde mitteile, dass er dieses nicht tun solle.

Dieter Weiler führt umfangreich aus. Die Rechtslage sei unklar. Die Satzung würde die Frage nicht beantworten. Man könne „das eine wie das andere“ aus der Satzung herausgelesen werden.

Rainer Henniger stellt dar, dass er damals dem Satzungsausschuss angehört habe, als dieser diese Fragen bearbeitet hätte. Seiner Erinnerung zur Folge, könne er untermauern, dass der Wahl-Ausschuss nicht als Ausschuss des SP angesehen werden sollte. Mithin würde er die Wahl als gültig ansehen. Würde diese Auffassung jedoch heute nicht geteilt, würde er die im August durchgeführte Wahl als nichtig werten.

Stefan Guddas stellt dar, dass es keinesfalls satzungskonform sein könnte, dass der Vorsitzende des HH-Ausschusses auch der Vorsitzende des Wahl-Ausschusses sein könnte, da dieser sich sodann selber kontrollieren würde. Die Wahl sei nun mal passiert, keiner hätte die Nichtigkeit der Wahl erkannt, jetzt aber gelte es, diesen Fehler zu berichtigen.

Petra Lambrich führt aus, dass sie die Wahl von Pascal Hesse im August für nicht wichtig halte, da Pascal Hesse auch vom HHA hätte zurücktreten können.

Marianne Steinecke merkt an, dass sie verärgert sei. Genau die Frage, die jetzt per Rechtsgutachten geklärt worden sei, habe sie im August innerhalb der SP-Sitzung vorgebracht. Ihr Einwand sei zurückgewiesen worden, im August sei man sich einig gewesen, es würde keine Kollision stattfinden. Nachdem Pascal Hesse nunmehr auch noch zum Wahlleiter gewählt worden wäre, was im Übrigen alternativlos geschehen sei, würde jetzt über die im August durch sie aufgeworfene Frage diskutiert. Das verstehe sie nicht.

Jan Czada schließt sich bezüglich der Wichtigkeit der Wahl der Meinung von Petra Lambrich an.

Dr. Bernd Huneke führt aus, dass er eine große Gefahr in Bezug auf den Wahltermin im März des kommenden Jahres sehe. Er halte es für rechtssicherer, die zweifelhafte Wahl zu beseitigen und rechtssicher einen neuen Wahlausschuss zu wählen.

Es wird im Folgenden debattiert. Verschiedene Meinungen und Interpretationen werden diskutiert und kontrovers debattiert. Insbesondere werden über die Auslegung der Satzung sowie die Wahlordnung diskutiert. Dabei werden unterschiedliche Meinungen vertreten. Auch über die Möglichkeiten einer etwaigen Rechtsklärung bestehen maßgeblich differierende Meinungen, die diskutiert werden.

Es wird festgestellt, dass der SP-Vorsitz die Rechtsaufsicht der FernUniversität um Stellungnahme bitten wird. Hier gehe es um die Frage, ob die Universität die Rechtmäßigkeit des Wahl-Ausschusses in Frage stellen würde oder nicht. Eine derartige Auskunft sei daher dringend geboten und angezeigt. Darüber wird Beschluss gefasst:

Das SP beschließt, dass der Vorsitz mit den aufgeworfenen und diskutierten Rechtsfragen an die Rechtsaufsicht der FernUniversität herantritt und eine zeitnahe Stellungnahme dieser einholt.		
Ja 13	Nein 4	ENTHALTUNGEN 1
Ergebnis: Der Beschluss ist gefasst.		

Pascal Hesse führt zu der Frage der Zuständigkeit des Wahl-Ausschusses bezüglich des Studi-O-Mat aus. Diese Frage sei ungeklärt. Er bitte daher um entsprechende Meinungsbildung innerhalb des SP.

Jan Czada führt aus, dass er keinesfalls die Zuständigkeit in Sachen Studi-O-Mat im Wahlausschuss sehen würde, er hätte es so verstanden, dass die Fragen durch den Anbieter erarbeitet würden.

Dr. Bernd Huneke führt aus, dass durch den Anbieterwechsel doch gerade sichergestellt sei, dass die Fragen durch den Anbieter erarbeitet würden. Damit sehe er die Aufsicht dessen, ausschließlich bei dem SP-Vorsitz.

Sophie Flack wohnt als Vertreterin des gewählten Anbieters der SP-Sitzung bei und führt wie Folgt aus:

Das Anbieter-Team habe beschlossen, an dieser Sitzung beizuwohnen, um einen Eindruck zu gewinnen. Ihr Team stehe mit dem Wahl-Ausschuss in Kontakt. Die Thesen würden über einen Survey erhoben, dieser sei bereits erstellt. Hier könnten die Studierenden ihre Thesen einbringen. Es sei allerdings aus ihrer Sicht wichtig, dass ein konkreter Ansprechpartner für sie und ihr Team benannt werde.

Carsten Fedderke führt aus, dass er soeben noch einmal Rücksprache mit dem AStA-Vorsitzenden gehalten hätte. Um nicht noch einen weiteren Anbieter verärgern zu wollen, wäre es wichtig einen konkreten Ansprechpartner diesem zu benennen.

Pascal Hesse führt aus, dass er sich ausschließlich dem Willen des SP unterordnen werde. Für das Wahl-Rohr wäre die Zuständigkeit ausführlich geregelt, für den Studi-O-Mat eben nicht.

Nils Michael Roschin unterbreitet den Vorschlag, dass als Ansprechpartner für den Anbieter der SP-Vorsitz benannt würde.

Das SP fasst dahingehend Beschluss.

Beschluss darüber, dass der SP-Vorsitz dem Anbieter des Studi-O-Mat zunächst als Ansprechpartner zur Verfügung steht.		
Ja 16	Nein 0	ENTHALTUNGEN 2
Ergebnis: Beschluss gefasst		

Sophie Flack bedankt sich für die Möglichkeit der Teilnahme an der SP-Sitzung und verabschiedet sich damit.

Nils Michael Roschin gibt bekannt, dass er den Anbieter schriftlich über die beschlossenen Details informieren wird.

TOP 11 Neuwahl bzw. Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der Studierendenschaft oder der Hochschule

- BHS Beirat Nachwahl

Pascal Hesse schlägt Adam Ernst vor. Adam Ernst soll Lazzlo Kiss nachfolgen, der seinen Rücktritt gegenüber dem SP-Vorsitz sowie auch seiner Hochschulgruppe schriftlich erklärt hat. Pascal führt aus, dass Lazzlo nicht ein einziges Mal bei den Beiratssitzungen anwesend gewesen sei. Ein solches Verhalten lehne er ab.

Es erfolgt eine Wahl.

Wahl von Adam Ernst in den Beirat der BHS		
Ja 13	Nein 1	ENTHALTUNGEN 3
Ergebnis: Beschluss gefasst		

Adam Ernst nimmt die Wahl an. Das SP gratuliert zu der Wahl.

- Qualitätskommission Neuwahl

Dieter Weiler führt zur Qualitätskommission umfangreich aus.

Es werden sieben Vollmitglieder und sieben Ersatzmitglieder gewählt.

Die FSA weist darauf hin, dass die Wahlen geheim zu erfolgen hätten.

Die Corona-Schutzverordnung lässt nach Ansicht des SP-Vorsitzes und des AStA-Rechtsreferenten die vorliegende Ausnahme zu.

Die Sitzung wird von 16.25 Uhr bis 16.37 Uhr unterbrochen.

Der SP-Vorsitz spricht sich dafür aus, ein entsprechendes Tool anzuschaffen, welches eine geheime Wahl ermöglichen würde. Dieses ginge natürlich nur im Anschluss an die SP-Sitzung, was die Verschiebung der Wahl zur Folge hätte.

Es wird festgestellt, dass ausschließlich der Protokollführer das Abstimmungsverhalten einsehen kann. Damit ist die Wahl nicht als „geheim“ einzustufen, jedoch sind die SP-Mitglieder mit dieser Stufe der Vertraulichkeit einverstanden. Tobias Gietmann als

Protokollführer versichert ausdrücklich seine Diskretion und die strikte Geheimhaltung der zur Kenntnis erlangten Ergebnisse.

Die Wahlen waren geprägt von Unstimmigkeiten und ungültigen Wahlen, da nicht wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben haben.

Das Protokoll führt diese Dinge nicht aus und stellt ausschließlich die gültigen Endergebnisse dar. Der Protokollakte des Protokollführers liegen die vom System generierten Listen der Wahlen bei. Diese wurden im Anschluss des Ausdrucks endgültig gelöscht und sind somit Dritten nicht zugänglich.

Wahl Mitglieder Qualitätskommission – weiblich -

Wencke Kaup mit 11 Stimmen

Vivien Schnurbusch mit 10 Stimmen

Petra Lambrich mit 8 Stimmen.

Wahl Mitglieder Qualitätskommission – männlich -

Dieter Weiler mit 13 Stimmen

Carsten Fedderke mit 9 Stimmen

Daniel Kaiser mit 7 Stimmen

Siebtes Mitglied der Qualitätskommission

Stefan Guddas mit 6 Stimmen

Ersatzmitglieder der Qualitätskommission – weiblich -

Marianne Steinecke mit 11 Stimmen

Angelika Funnekötter mit 11 Stimmen

Bianca Roelfs mit 8 Stimmen

Dr. Martina Aalbach mit 8 Stimmen

Ersatzmitglieder der Qualitätskommission – männlich –

Nils Michael Roschin mit 11 Stimmen

Dietmar Knoll mit 9 Stimmen

Adam Ernst mit 8 Stimmen

Dieter Weiler fragt nach der Reihenfolge der Ersatzmitglieder. Er bittet den SP-Vorsitz um entsprechende Losung.

Die Sitzung wird um 18.31 Uhr unterbrochen

Anwesenheit am 11.10.2020

Nachname	Vorname	Liste / Gremium	Anmerkung / Vertretung
Stirzel	Alexander		Anwesend
Konopka	Andreas	FSA	Anwesend
Maryanowski	Fabian	FSA	Anwesend
Aben	Rudolphe	FSA	Susann Kaulfuß
Baumgartner, Dr.	Gudrun	GUS	Anwesend
Wagner, Dr.	Horst	GUS	Annette Stute
Ellinger	Kornelia	GUS	Ronny Noutsia
Czada	Jan	AfD	Anwesend
Hauptmann	Rafael	AfD	
Kaup	Wencke	GF Psy	Anwesend
Wohlfeil	Davina	GF Psy	Joy Diehl
Ghanem	Nabiha	GHG	Burkhard Kalle
Hesse	Pascal	GHG	Anwesend
Blohm	Anne	GHG	Anwesend
Huneke, Dr.	Bernd	RCDS	Schnurbusch, Vivien
Dannemann	Anna	RCDS	Kevin Rübenstahl
Roschin	Nils Michael	Juso-HSG	Anwesend
Kleindienst	Joana	Juso-HSG	Anwesend
Duscha	Peter	PARTEI	
Weber	Bernd	UNIS	Anwesend
Henniger	Rainer	AuS	
Fedderke	Carsten	AuS	Anwesend
Lambrich	Petra	LiLi	Anwesend
Piniarski	Edmund	LiLi	
Weiler	Dieter	LiLi	Anwesend
Gietmann	Tobias	RCDS	ohne Stimme als Protokollführer

Legende: LHG = Liberale Hochschul Gruppe, FSA = Freie Studentische Allianz, GUS = Grau und Schlau, AfD = Alternative für Deutschland, GF Psy = Gemeinsame Fachschaftsliste Psychologie, GHG = Grüne Hochschul Gruppe, RCDS = Ring Christlich Demokratischer Studenten, Juso-HSG = SPD-Hochschulgruppe, UNIS = Unabhängige Internationale Studierende für ein gemeinsames erfolgreiches Fernstudium, AuS = Arbeit und Studium, LiLi = Linke Liste

Fortsetzung der Sitzung um 09.30 Uhr. Feststellung der anwesenden Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

Begrüßung durch den SP-Vorsitz. Es werden zu Beginn der Sitzung 20 stimmberechtigte Mitglieder gezählt. Das Gremium ist mithin beschlussfähig.

TOP 12 Berichte (anschl. Aussprache)

a) Bericht des AStA

Dieter Weiler weist darauf hin, dass die schriftlichen Berichte der AStA-Referenten vorliegen würden. Fragen könnten somit direkt auch an die AStA-Referenten gestellt werden. Dieses Vorgehen würde erheblich Zeit sparen.

Petra Lambrich führt aus, dass es Probleme mit Nachteilsausgleichen gäbe, hier seien zum Teil keine Bescheide etc. ergangen.

Fabian Maryanowski fragt nach dem Sachstand des Sprachrohrs.

Dieter Weiler antwortet, dass sowohl die digitale Veröffentlichung in der nächsten Woche vorgesehen sei. Ebenfalls in der nächsten Woche sei der Druck geplant. Soweit keine widrigen Umstände eintreten würden, wären diese Termine fix.

Dr. Gudrun Baumgartner führt zu den Start it up – Veranstaltungen aus. Diese haben digital stattgefunden und die Regionalzentren seien gut mit der Technik zurechtgekommen.

Pascal Hesse fragt nach, ob es sichergestellt sei, dass das übernächste Sprachrohr (4/2020) rechtzeitig erscheine.

Dieter Weiler bestätigt, dass die Ausgabe 4/2020 rechtzeitig erscheine. Dem AStA wäre daran sehr gelegen und insofern würde dieses auch sichergestellt.

Über die Unzufriedenheit in Sachen Sprachrohr wird kontrovers diskutiert.

Fabian Maryanowski teilt mit, dass der Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften auf seiner letzten Sitzung beschlossen habe, künftig eigene Start-it-up Veranstaltungen für Studierende durchzuführen.

b) Bericht der studentischen Mitglieder des Senats und seiner Kommissionen

Pascal Hesse führt zu einer Senatssitzung in der vergangenen Woche aus. Diese Sitzung war jedoch von sehr relevanten technischen Schwierigkeiten geprägt.

Dr. Gudrun Baumgartner Dr. Gudrun Baumgartner ergänzt, insbesondere auch zur geplanten Gebührenordnung. Entsprechende Nachfragen und Antworten der Kanzlerin wären in den Protokollentwürfen oftmals nicht oder falsch wiedergegeben.

Leider könne sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung dann - wie im SP auch - meistens keiner der Anwesenden mehr genau erinnern. Im Ergebnis würde sie dann auf die Aufnahme in das Protokoll verzichten. Ansonsten würde sie grundsätzlich bei diesem Thema vertröstet. In kommenden Semestern wären ca. knapp 3,0 Millionen Euro Mehreinnahmen aus Gebühren eingeplant, beginnend mit dem nächsten Wintersemester. In Sitzungen würde seit Beginn des Jahres betont, dass es bisher keine konkreten Planungen gäbe. Dadurch, dass Informationen zunehmend zeitlich so kurzfristig präsentiert würden, dass dem Senat gar keine Zeit zur kritischen Auseinandersetzung verblieb, würde der Senat zunehmend zu einem "abnickenden Gremium“.

Anne Blohm weist den Vorwurf zurück, dass die SP-Protokollführung, wie im Senat, abweichend von den tatsächlichen Gegebenheiten, durchgeführt würde. Das wäre im SP noch nicht vorgekommen.

Das SP diskutiert im Anschluss noch ausgiebig über die Materialbezugsgebühr sowie die geplanten Gebührenmodelle.

c) Bericht der studentischen Mitglieder der Fakultätsräte, ihrer Kommissionen und Ausschüsse

Petra Lambrich führt zu den Online-Klausuren der Fakultät KSW aus.

Wencke Kaup schildert ebenfalls zu den Online-Klausuren aus. In der Fakultät Psychologie sei die Prüfungsphase besser gelaufen als gedacht.

Dr. Bernd Hunecke führt aus der Fakultät Wirtschaftswissenschaften aus. Er begrüße das Verfahren der WiWi-Fakultät in Präsenz zu schreiben. Das wäre gut gelaufen. Man habe größere Tische zur Verfügung gehabt und die Abstandsregeln hätten gut eingehalten werden können.

Stefan Guddas führt zur Fakultät ReWi aus.

d) Bericht aus den Fachschaften

Dr. Bernd Hunecke führt zu der Planung der FSRK am 21. und 22. November 2020 in Berlin aus. Die FSRK würde in der Nähe des Hauptbahnhofs stattfinden, somit wäre es sichergestellt, dass die Teilnehmer in Berlin nicht mit möglich verseuchten Menschen dort in Berührung kämen. Die Planungen wären soweit fortgeschritten, dass nunmehr eine Umstellung auf eine virtuelle Sitzung schwierig sei.

Die Parlamentarier debattieren kontrovers die Planung der Präsenzsitzung.

Dr. Bernd Hunecke führt aus, dass die Sitzung in Präsenz durch den Fachschaftsrat beschlossen wäre. Er halte daher an der Sitzung in Präsenz fest.

Carsten Fedderke führt aus, dass er gegen die FSRK in Präsenz in Berlin sein „Finanz‘ler-Veto“ einlege und er die Veranstaltung damit für als erledigt erkläre. Sie fände somit nicht statt.

Dr. Bernd Huneke führt aus, dass er nun ermächtigt sei, die Präsenzsitzung abzusagen. Das würde er sofort umsetzen.

Stefan Guddas führt zu den Aktivitäten des Fachschaftsrates ReWi aus. Insbesondere die Online-Seminare hätten mit großem Erfolg gestartet werden können.

Fabian Maryanowski rügt das Verhalten von Carsten Fedderke. Dieser habe einiges nicht verstanden. In der Sache wäre die Entscheidung völlig nachvollziehbar, die Handhabe von Carsten jedoch nicht. Er kündigt hierzu eine Protokollerklärung an.

e) Bericht der studentischen Gleichstellungsbeauftragten der FernUniversität Hagen

Petra Lambrich führt aus.

f) Bericht aus dem Frauenbeirat

g) Bericht der Arbeitsteams/ Arbeitsgruppen

h) Bericht aus der Qualitätsverbesserungskommission

i) Bericht BHS

Kevin Rübenstahl führt aus. Da Hagen aktuell zum Risikogebiet eingestuft wurde, könnten ab sofort wieder alle Reservierungen bedingungslos storniert werden. Durch die Situation gehe er davon aus, dass der Finanzbedarf wesentlich höher sei als bisher angenommen.

Ferner führt er zu der Möglichkeit aus, Forderungen von säumigen Zahlern zu veräußern. Ein solche Veräußerung sei nicht möglich, jedoch haben sich zwei Firmen gemeldet, die solche Forderungen betreiben. Es handele sich um die Firmen Bürgel bzw. Creditreform. Er wolle aber ein Meinungsbild vom SP über eine solche Vorgehensweise einholen.

Petra Lambrich fragt an, ob die Geschäftsführung sich Gedanken gemacht habe, künftig nur Vorauszahlungen zu akzeptieren.

Anne Blohm führt aus, dass sie eine Zwangsbeitreibung durch externe Dienstleister innerhalb der Studierendenschaft für sehr ablehnungswürdig halte.

j) Bericht der Akademiestudierenden

k) Bericht aus dem Wahlausschuss

Yvonne Boldt-Mehl stellt sich kurz vor. Sie sei 31 Jahre jung, habe einen Sohn und sei beruflich im Speditionswesen verortet. Sie studiert in WiWi den Master seit ca. sieben Semestern. Sie freue sich darauf, Pascal Hesse und die Mitglieder des Wahlausschusses unterstützen zu dürfen.

TOP 15 Verschiedenes, Termine

Petra Lambrich wird ihre Anmerkungen zum nichtöffentlichen Teil des Protokolls der letzten Sitzung an den SP-Vorsitz und Tobias Gietmann übersenden.

Andreas Konopka bittet darum, die kommende Sitzung bereits jetzt als Online-Sitzung zu bescheiden. Das erhöhe die Planungssicherheit um ein Vielfaches. Der Vorsitz entspricht diesem Wunsch und gibt bekannt, dass die kommende Sitzung digital durchgeführt wird.

Der SP-Vorsitz bedankt sich für die Sitzungsdisziplin und schließt die Sitzung um 11.40 Uhr.

Kleve, 20. November 2020

Für das Protokoll

Tobias Gietmann

Anlagen

Protokollerklärung zur Sitzung des Studierendenparlaments vom 6.10.2020

Protokollerklärung zur Sitzung des 6.10.2020

Erklärung durch: Fabian Maryanowski, Andreas Konopka

Hochschulgruppe: Freie Studentische Allianz (FSA)

Erklärung zu den Tagesordnungspunkten: „Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache“ bzw. „Einbringung Haushalt 2. Lesung“

Liebe Studierende, liebe Gremienmitglieder,

zum 6.10. brachte der AStA vertreten durch den Finanzreferenten Carsten Fedderke den Haushalt für das Haushaltsjahr 2020/2021 in das Studierendenparlament ein. Bereits zur Sitzung des Studierendenparlaments am 22.8.2020 trug die FSA Bedenken bezüglich verschiedener Punkte vor.

Zum einen thematisierten wir die Rücklagen, da sich weiterhin die rechtlich nicht haltbare Sonderrücklage für Wahlen im Haushalt befand. Der Finanzreferent trug vor, dass dieses Problem bekannt wäre und man würde es in den Gremien besprechen. Zwischenzeitlich tagte sowohl der AStA als auch der Haushaltsausschuss und man hatte bis zur endgültigen Einbringung des Haushalts Zeit, hierfür eine rechtskonforme Lösung zu finden. Dies geschah aber offensichtlich nicht, denn der Haushalt wurde mit dem kritisierten Punkt eingebracht. Die FSA kritisiert diesen Punkt vor allem vor dem Hintergrund, dass diese Rücklage Mittel aus Studierendenbeiträgen bindet, die für die Studierenden eingesetzt werden müssen (oder alternativ zu einer entsprechenden Beitragssenkung führen müssen). Soweit ein entsprechender Sachgrund vorliegt, kann im gemäßigten Umfang eine Rücklage gebildet werden. Dieser liegt hier aber gerade nicht vor, denn dass die Wahl von vor vielen Jahren, als die Rücklage gebildet wurde, noch erfolgreich angefochten wird und eine Neuwahl erfolgen muss, ist ausgeschlossen. Somit ist die Rücklage und die damit verbundene Bindung von Mitteln der Studierenden rechtswidrig. Dies wiederum birgt die Gefahr, dass die Rechtsaufsicht eingreift. Ggf, wird der Haushalt nicht genehmigt, angedachte Personalmaßnahmen wären somit gemäß HWVO nicht durchführbar (§15 HWVO NRW). Im schlimmsten Fall werden die Semesterbeiträge nicht mehr eingezogen, was zu einer massiven finanziellen Schieflage der Studierendenschaft führen würde.

Dieses Risiko einzugehen, indem man (inzwischen muss man sagen: vorsätzlich) eine rechtswidrige Position beibehält, ist nicht nachvollziehbar. Der Verweis, dass die Position auch in der Vergangenheit nicht aufgelöst worden ist, ist dabei wenig in der Sache hilfreich.

In der Oktober-Sitzung bestätigte der Finanzreferent, dass er und der AStA sich natürlich über die Rechtswidrigkeit der Position bewusst sei.

Der Haushaltsausschuss äußerte sich zu diesem Thema in seiner Stellungnahme nicht. Die FSA wirft an dieser Stelle die Frage auf, inwiefern der Finanzreferent seiner Aufgabe hier nachgekommen ist, denn diese ist formal einfach: Er hat einen rechtskonformen Haushalt aufzustellen. Fehler können passieren, hier wird aber vorsätzlich ein Fehler fortgeschrieben. Da dies von der FSA bereits rund 2 Monate vorher angesprochen wurde, gab es genug Möglichkeiten, zumal wir auch Lösungsansätze aufgezeigt haben. An dieser Stelle ist auch erneut die Handlungsunfähigkeit des Haushaltsausschusses zu bemerken, dessen Aufgabe hier vor allem war, auf den Finanzreferenten hinsichtlich der Rechtmäßigkeit einzuwirken und ggf. eine entsprechende Stellungnahme zu verfassen.

Allen voran der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Pascal Hesse müsste theoretisch über das nötige Fachwissen verfügen, ein Blick in seinen eigenen Wikipedia-Eintrag legt dies jedenfalls nahe.

Ein weiterer von uns angesprochener Punkt betreffen die Konten „AStA Innovative Projekte“, „Pedelec-Station“ und „E-Ladestation“. Während wir das Konto „AStA Innovative Projekte“ in der Sache begrüßen, ist dieses so nicht statthaft. Eine solche Haushaltsposition kann nur für hinreichend konkrete Maßnahmen gebildet werden. Für unter Umständen eintretende Sachlagen wäre hingegen eine Rücklage zu bilden. Hier lieferten wir auch Lösungsansätze und sind froh, dass man hier die Not zur Veränderung erkannt hat.

Die vorgesehenen Konten für E-Ladestation und Pedelec-Station sind in unseren Augen aktuell rechtlich aus verschiedenen Gründen strittig und sollten daher nicht angesetzt werden. Hier ist vor allem zu fragen, ob diese Anschaffungen dem Wohl der gesamten Studierendenschaft dienlich sind, aber auch haftungsrechtliche und buchhalterische Fragen stehen hier im Raum. Entsprechende Anlagen würden mit dem Grundstück der Bildungsherberge verbunden sein und wären daher bei der Bildungsherberge und nicht im Haushalt der Studierendenschaft zu verbuchen.

Der AStA konnte diese Fragen nicht zu unserer Zufriedenheit beantworten und wirkte einmal mehr unvorbereitet und fachlich überfordert. Es zeigten sich auch unterschiedliche Auffassungen im AStA, mit dem Ergebnis, dass man explizit die Position „aus politischen Gründen“ beibehalten wollte.

Ebenfalls kritisch angemerkt hat die FSA die Aufstellung des Stellenplans. Ob dieser rechtswidrig ist, ist zumindest fraglich. Handwerklich ist er in jedem Fall schlecht. Der vorgelegte Stellenplan weist unterjährige Veränderungen im AStA-Büro aus. Dies mag gut gemeint gewesen sein. Allerdings ist ein Stellenplan eben gerade nicht kurzfristig gedacht (siehe auch die Definition einer Stelle), sondern eben auf ein Jahr als Ganzes ausgelegt. Hinweise auf Veränderungen können auf andere Weise kenntlich gemacht werden. Hier scheint es dem AStA auch an entsprechendem Knowhow zu fehlen.

Insgesamt erscheint es akut fragwürdig, dass kein Rechts-/Wirtschaftswissenschaftler oder studierter Verwaltungswirt die Funktion des Finanzreferenten inne hat.

Protokollerklärung zur Sitzung des Studierendenparlaments **vom 6.10.2020**

Protokollerklärung zur Sitzung des 6.10.2020
Erklärung durch: Fabian Maryanowski, Andreas Konopka
Hochschulgruppe: Freie Studentische Allianz (FSA)
Erklärung zum Tagesordnungspunkt: Berichte

Liebe Studierende, liebe Gremienmitglieder,

während der Sitzung am 6.10. kam das Thema „Fachschaftsrätekonferenz“ auf. Diese soll von der Fachschaft für Wirtschaftswissenschaft ausgetragen werden, geplant war die Konferenz für den 21.11.2020 in Berlin. Im Zuge der Diskussion rund um die Konferenz wurde die Absage aufgrund der aktuellen Corona-Lage gefordert, was sachlich eine absolut berechnigte Forderung war. Der Fachschaftsrat befand sich bereits vor der Sitzung in einer Diskussion ob, wie und wo die Konferenz alternativ stattfinden könne.

Leider reagierte der Finanzreferent Carsten Fedderke erneut völlig über und versuchte, die Konferenz mittels eines ominösen „Finanzer-Vetos“ stoppen zu wollen. Während es hier sachlich sicher gerechtfertigt gewesen wäre, einzugreifen, kann die FSA dies aus demokratischen Gründen so nicht stehen lassen, denn es gibt aus gutem Grund nur eine sehr begrenzte Möglichkeit des Eingriffs durch den AStA in die Gremienaktivitäten generell und die Arbeit des Parlaments im Speziellen.

Der AStA-Vorsitzende kann generell sein Beanstandungsrecht ausnutzen, allerdings nur soweit ein rechtswidriger Beschluss vorliegt. Im vorliegenden Fall war dies nicht gegeben, dazu war der AStA-Vorsitzende auch nicht anwesend.

Der Finanzreferent hat Eingriffsmöglichkeiten gemäß § 7 und § 8 der HWVO, wobei gerade § 7 nur die Rückgabe eines Beschlusses zur erneuten Beratung beinhaltet und § 8 vor allem auf die formalen Anforderungen an Zahlungen abstellt. Hieraus einen generellen Anspruch auf ein Veto gegen alles, was man in der Sache bzw. politisch nicht befürwortet, abzuleiten, greift zu weit und widerspricht demokratischen Grundsätzen. In jedem Fall gibt es keine Rechtsgrundlage hierfür.

Warum ist diese Feststellung so wichtig? Während das Ziel (die Absage der Präsenzveranstaltung) richtig war, mag dies beim nächsten Mal nicht mehr der Fall sein. Daher ist es notwendig, klar aufzuzeigen, wo die Eingriffsmöglichkeiten enden.

Die FSA fordert die handelnden Personen dazu auf, zukünftig solchen unberechnigten Eingriffen entschieden zu begegnen. Dies ist besonders wichtig, da offensichtlich viele aus der Studierendenvertretung mit der HWVO, dem Hochschulgesetz oder der Satzung nicht ausreichend vertraut zu sein scheinen und somit die Kenntnis von Rechten und Pflichten grundsätzlich fehlt. Ein (politisch) motivierter Akteur kann dies ausnutzen und ggf. das Parlament bei wichtigen Entscheidungen blockieren.

Protokollerklärung zur Sitzung des Studierendenparlaments vom 6.10.2020

Protokollerklärung zur Sitzung des 6.10.2020
Erklärung durch: Fabian Maryanowski, Andreas Konopka
Hochschulgruppe: Freie Studentische Allianz (FSA)
Erklärung zum Tagesordnungspunkt: Berichte

Liebe Studierende, liebe Gremienmitglieder,

in der Sitzung des Studierendenparlaments vom 22.8.2020 wurde ein Wahlausschuss gewählt und bereits vor dem eigentlichen Wahlgang machten Fragen im Studierendenparlament deutlich, dass es hier eigentlich einen rechtlichen Klärungsbedarf geben würde.

Eine der Fragen, die damals gestellt wurden, war, wie jemand für den Wahlausschuss kandidieren könne, der bereits in einem anderen Ausschuss sitzt. Die Satzung verbietet es, Mitglied in mehr als einem Ausschuss zu sein. Leider wurde von den handelnden Personen hier im Vorfeld keine Klärung eingeholt und bis heute liegt keine Erklärung vor. Zwischenzeitlich wurde ein Mitglied des Studierendenparlaments, das von diesem Problem betroffen ist (zeitgleich ist die Person Vorsitzender des Haushaltsausschusses), sogar Vorsitzender des Wahlausschusses, was auch noch die Frage aufgeworfen hat, inwieweit der Vorsitzende des Wahlausschusses aus Compliance-Sicht in einem Aufsichtsgremium sitzen kann, was unter anderem auch den Wahlausschuss kontrolliert.

Während diese Frage aber mit einem Rücktritt seitens des Mitglieds gelöst werden könnte ergaben sich weitere Fragen. Die Wahlordnung verbietet zum einen, dass Mitglieder des AStA in den Wahlausschuss gewählt werden können, und zum anderen findet sich eine Soll-Vorschrift die besagt, dass „Mitglieder der zu wählenden Organe nicht in den Wahlausschuss gewählt werden sollen“. Soll-Vorschriften sind im Verwaltungsrecht bindende Vorschriften, die nur durch bestimmte Ausnahmerebedingungen nicht gelten. Dies teilte die FSA in einem Schreiben dem Vorsitz des Studierendenparlaments auch nach der Wahl mit, ein Fachanwalt für Verwaltungsrecht bestätigte diese Ansicht. Die dem Studierendenparlament vorliegende anwaltliche Stellungnahme war aber in der Sitzung Anlass zu (politischen) Diskussionen statt zu rechtskonformen Taten. Unter anderem tat sich der aktuelle Referent für Rechtsangelegenheiten (Dieter Weiler, Linke Liste) an verschiedenen Stellen mit abenteuerlichen Interpretationen hervor. Dies war auch während der AStA-Sitzung einige Tage vorher der Fall, indem er keine Probleme sah, und der AStA-Vorsitzende Daniel George (Liberale Hochschulgruppe) die eigentlich offensichtlichen Probleme auf „Befindlichkeiten der üblichen Verdächtigen“ münzte.

An dieser Stelle ist vor allem zu hinterfragen, warum der AStA-Vorsitzende nicht spätestens mit Kenntnis der Rechtsauskunft gehandelt hat und warum er ohne weitere Informationen in einer vorhergehenden, öffentlichen Sitzung über „Befindlichkeiten Anderer“ spricht, statt die Rechtsauskunft abzuwarten und sich in der Sache mit den Fragen zu beschäftigen. Dass der Referent für Rechtsangelegenheiten einmal mehr mit seiner Einschätzung offensichtlich falsch gelegen hat, sollte verwundern, ist Herr Weiler doch seit Jahren Student der Fakultät für Rechtswissenschaften und müsste daher über einen ausreichenden Wissensstand verfügen.

An dieser Stelle sei auch die Aussage von Herr Weiler kritisiert, dass Wahlausschuss und

Wahlprüfungsausschuss in der Wahlordnung gleichermaßen gemeint wären, obwohl explizit nur für den Wahlprüfungsausschuss geregelt ist, dass man diesem zusätzlich zu einem anderen Ausschuss angehören könne; dass „hätte man so gewollt“.

Eine solche politisch gewollte Interpretation halten wir für anmaßend und die Zeit für eine kurzfristige Änderung der Wahlordnung ist nicht gegeben.

Insgesamt verfestigt sich der Eindruck, dass die handelnden Personen jegliche Kontrolle über die Wahlen und viele andere Dinge verloren haben. So war man etwa nicht in der Lage, rechtzeitig für den Wahlausschuss zu laden (Annette Stute von der Hochschulgruppe „Grau und Schläu“ in ihrer Funktion als AStA-Referentin für Öffentlichkeitsarbeit habe die Einladung nicht rechtzeitig veröffentlicht, hieß es durch den Vorsitz des Studierendenparlamentes), es wurde eine zweite konstituierende Sitzung nötig. Die Zeche für diese „Leistung“ zahlt der Studierende, denn natürlich sind für die erste, nicht gültige Sitzung Kosten angefallen.

Abschließend sei noch gesagt, dass vor der Wahlordnung mehrfach gewarnt wurde. So hat nicht nur die FSA vor der Verwendung gewarnt und zumindest in den AStA Änderungsvorschläge eingebracht, auch die Rechtsaufsicht der FernUniversität äußerte Bedenken gegen eine Wahl mit der vorliegenden Wahlordnung. Leider war die Studierendenvertretung, wie seit Jahrzehnten, mit sich selbst und politischen Diskussionen beschäftigt, statt die sachlichen Probleme zu lösen.